



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Juli 2013 I

Inhalt:

1. **Zentrale Bußgeldstelle**
2. **GdP gegen Entwaffnung der Justizvollzugsbeamten, Teil II**
3. **Vielfalt als Chance verstehen**
4. **Gefahren durch Digi-Funk? SAR-Werte-Studie veröffentlicht**
5. **Neue Leitstelleninfrastruktur**
6. **Beihilfe / Freie Heilfürsorge**
7. **Frauengruppe aktiv: Beruf und Familie**
8. **Datenschutz / Facebook**
9. **PDFs mit Inhaltsverzeichnis erstellen**
10. **Suchen ohne Schnüffeln**
11. **Wir sind an Deiner Seite**

1. Zentrale Bußgeldstelle

Seit einem halben Jahr läuft die ZBS im Echtbetrieb; fachlich zentral geführt vom PP Rheinpfalz, dienstaufsichtlich betreut von den jeweiligen Präsidien. Die Zentral-



stelle befindet sich in Speyer; in Worms, Zweibrücken, Koblenz und Trier sind die Außenstellen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Zahl erheblich aufgestockt wurde, müssen mit einer „erweiterten“ Hard- und Software zurechtkommen, die noch etliche Schwachstellen aufweist. Die zum 01.11.2012 neu eingestellten Beschäftigten mussten beschult und von erfahrenen Kräften eingearbeitet werden. In den nächsten Tagen werden weitere neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit in Speyer aufnehmen. Auch sie müssen in der Anfangsphase betreut werden. Für den Hauptpersonalrat begleiten **Margarethe Relet** und **Hermann Schindwein** den Prozess. Vor Ort in Speyer kümmert sich **Isabel Sorg**, Beschäftigtenvertreterin im Gesamtpersonalrat, um die Belange der Kolleginnen und Kollegen.

Es war allen bewusst, dass die Umstellung Probleme mit sich bringen wird. Doch mittlerweile gehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „auf dem Zahnfleisch“. Im Gespräch mit dem Leiter der Polizeiabteilung **Joachim Laux** und Referatsleiter **Michael Krüger** (Foto) wurden die Knackpunkte besprochen. **Margarethe Relet**: „Die Kolleginnen und Kollegen haben Lob und Anerkennung verdient! Alle geben sich große Mühe, die Umstellung zu bewältigen. Aber der Dienstherr muss besser darauf achten, dass die Überforderungen der letzten Monate zurück geschraubt werden. Auf Dauer ist diese Belastung nicht auszuhalten! Die Gesundheit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht eindeutig im Vordergrund. Wir appellieren

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 ☎ 06131-96009-99



an die Verantwortlichen, die technischen Probleme, die einen Großteil der Belastungen ausmachen, umgehend zu beseitigen.“

Herr Laux und Herr Krüger sagten zu, sich in Speyer persönlich ein Bild von der Situation zu machen und das Gespräch mit den Beschäftigten zu suchen. Die GdP regt eine gemeinsame Veranstaltung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralstelle und der Außenstellen an, um rechtliche und technische Fragen zu erörtern und sich auszutauschen.

2. GdP gegen Entwaffnung der Justizvollzugsbeamten, Teil II

Die GdP hatte sich gemeinsam mit dem BSBD gegen die Entwaffnung der Justizvollzugsbeamten gewandt, da wir eine zusätzliche Belastung durch die Begleitung von Gefangenentransporten befürchteten. GdP-Landesvorsitzender **Ernst Schar-**

| | |
|--|---|
| <p>1. GdP gegen die Entwaffnung der Justizvollzugsbeamten!</p> <p>Große Empörung im Kollegenkreis löst die Absicht des Justizministeriums aus, die Justizvollzugsbeamten zu entwaffnen – was dazu führen würde, dass Polizistinnen und Polizisten Gefangenentransporte zum Schutz vor Befreiungsversuchen begleiten müssten. Die GdP hat Minister Jochen Hartloff in dieser Sache angeschrieben und um eine dringende Rücksprache gebeten.</p> <p>Der GdP-Fachausschuss Schutzpolizei hat sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne öffentlich positioniert: http://www.gdp.de/gdp/ndp/nsf/id/98TFKR-DE_GdP-Kurz-berichtet/Sfile/KB%20Juni%2013%20I.pdf</p> <p>Dear Request</p> <p>Aktuell läuft auch eine Petition beim Bürgerbeauftragten von RLP. Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen – und auch unsere Freunde – sich in die Petitionsliste einzutragen. Wir hoffen, diesen unsäglichen Vorschlag und die untragbare Mehrbelastung der Polizei noch zu verhindern!</p> | <p>21.13 - 15. Mai 2013</p> <p>Justizbeamte sollen keine Schusswaffen tragen?!</p> <p>Der Sprecher des Justizministeriums teilte es am 04. Mai überraschend mit: Die Landesregierung plane, die Justizbeamten nicht mehr mit Schusswaffen auszurüsten. Bereits seit 2007 verließen die Beamten in der Sozietätensystemen Anstalt in...</p> |
| <p>GdP-Kurz berichtet Juni 2013 http://www.gdp.de/gdp/gdprp.nsf/id/98TFKR-DE_GdP-Kurz-berichtet/Sfile/KB%20Juni%2013%20I.pdf</p> | <p>Flugblatt FA –S- Mai 2013 http://www.gdp.de/gdp/gdprp.nsf/id/DE_Justizvollzug/Sfile/21.13%20-%20JustizvollzugsbeamteI.pdf</p> |

bach hatte brieflich bei Justizminister **Jochen Hartloff** die Bedenken vorgetragen. Minister Hartloff reagierte und kündigte an, dass auch künftig die Transporte durch eigene Justizkräfte begleitet würden, die je nach Lage auch bewaffnet seien. Allerdings würden die Zahl der Waffen und die der daran Ausgebildeten auf das nötige Maß reduziert.

Tina Horn, Vorsitzende des GdP-Fachausschuss‘ Schutzpolizei: „Wir können die Internas der Justiz nicht bewerten, hoffen aber, dass die befürchteten Mehrbelastungen vom Tisch sind.“

3. Vielfalt als Chance verstehen

Unter dem Titel „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen als Herausforderung für die Polizei“ fand ein Symposium für die Polizei bei der LPS statt. Im Rahmen der Strategie der Landesregierung für Vielfalt und des Aktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ sollten gleichgeschlechtliche Lebensweisen innerhalb der Organisation Polizei aber auch für die Kriminalitätsbekämpfung beleuchtet werden. Staatssekretärin **Heike Raab** eröffnete das Symposium und stellte fest, dass das Thema Toleranz und Akzeptanz bei der Polizei schon seit Jahren auf der Agenda steht. Die Strategie Vielfalt und der Aktionsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen in Zusammenarbeit mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. – ein Netzwerk für Lesben, Schwule und „queere“ Lebensweisen - verfolgen das Ziel, Vorurteile und Ängste weiter abzubauen, homophobes Verhalten zurückzudrängen und Gleichstellung zu fördern. Verschiedene Fachvorträge machten deutlich, dass schwule und lesbische Menschen



verschiedene Fachvorträge machten deutlich, dass schwule und lesbische Menschen



noch immer abgewertet und ausgegrenzt werden. In Workshops wurde unter anderem darüber diskutiert, ob das Thema homophobe Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb der Organisation Polizei noch aufgearbeitet werden muss und wie die Polizei in ihrer Arbeit schwulen und lesbischen Kriminalitätsoptionen angemessen begegnen kann. Es kamen u.a. Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern zu Wort, die gute Ideen einbrachten. Fazit: Die Polizei geht sowohl intern als auch in Bezug auf den Umgang mit Kriminalitätsoptionen mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen überwiegend professionell um, jedoch besteht aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch mehr Aufklärungsbedarf. Unter anderem wurde vorgeschlagen, das Thema verstärkt in die Aus- und Fortbildung aufzunehmen. Für den Hauptpersonalrat und die GdP nahm **Margarethe Relet** an der Veranstaltung teil.

4. Gefahren durch Digi-Funk? SAR-Werte-Studie veröffentlicht

Bundesamt für Strahlenschutz (BfS): "Bericht zum Projekt: Modellierung der Verteilung von SAR-Werten im gesamten Körper und detailliert im Bereich des Kopfes unter besonderer Berücksichtigung des Auges bei Expositionen durch in Deutschland verwendete TETRA-Endgeräte" vom 28.06.2013. Auszug:

„In Deutschland wird derzeit ein bundesweit einheitliches digitales Funknetz für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) nach dem TETRA-Standard (terrestrial trunked radio) aufgebaut. Für die Nutzer dieses neuen Netzes (u.a. Polizei, Feuerwehren, Rettungsdienste, Katastrophen- und Zivilschutzbehörden, Technisches Hilfswerk und Zollbehörden) wird es dabei zu einer Veränderung ihrer beruflich bedingten Exposition gegenüber hochfrequenten elektromagnetischen Feldern kommen, die im vorliegenden Forschungsprojekt untersucht wurde. Dabei wurden die typischerweise in Deutschland eingesetzten Geräte berücksichtigt. Das sind sowohl Handsprechfunkgeräte mit und ohne abgesetzten Mikrofon / Lautsprecher - Kombinationen, als auch fahrzeuggebundene Geräte mit separater Außenantenne.“



http://doris.bfs.de/jspui/bitstream/urn:nbn:de:0221-2013062410893/3/BfS-SG-20-13_130628.pdf

5. Neue Leitstelleninfrastruktur

Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) (Feuerwehren, Polizei und Rettungsdienste) sollen eine einheitliche Kommunikations-Infrastruktur erhalten. Im neuen System sollen Notrufe, Telefon, Analog- und Digitalfunk sowie deren Dokumentation zusammengeführt werden. Das neue System wird nach der Entwicklung zunächst im Polizeipräsidium Mainz und der Integrierten Leitstelle Ludwigshafen die vorhandene Technik ersetzen.



6. Beihilfe / Freie Heilfürsorge

So langsam kommt Bewegung in die Sache: Nachdem die GdP (und nur die GdP!) bei allen Fraktionen dafür geworben hatte, zumindest den in BaWü errechneten Kostenvorteil für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu prüfen, brachte die CDU-Fraktion einen eigenen Antrag ein, wie deren Vorsitzende Frau **Julia Klöckner** der GdP mitteilte.



Die GdP hatte den Vorschlag am Runden Tisch eingebracht und



die Fraktionsvorsitzenden **Hendrik Hering** (SPD) und **Daniel Köbler** (Grüne) sagten eine Überprüfung zu, die – wie zu hören ist – vom Landesrechnungshof RLP vorgenommen wird.

Ergebnisse stehen noch aus. Auch der Innenausschuss des Landtages hat sich bereits mit dem Thema befasst.

Wir bleiben dran!

7. Frauengruppe aktiv: Beruf und Familie

2006 erhielt die Polizei RLP das Audit zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie; 2009 erfolgte die Re-Auditierung. 2012 fiel die Re-Auditierung dem Sparzwang der Schuldenbremse zum Opfer.

Der Vorstand der GdP-Frauengruppe entwickelte in mühsamer Kleinarbeit den Entwurf einer Dienstvereinbarung zwischen Ministerium und Hauptpersonalrat, damit das wichtige Zukunftsthema nicht versandet. Der Entwurf wurde den Leitern der Behörden und Einrichtungen (BuE) übersandt. Staatssekretärin **Heike Raab** will bei den BuE deren Auffassungen und Anregungen erfragen, um sie in einen Diskussionsprozess einzubringen.



Steffi Loth, Vorsitzende der Frauengruppe: „Wir können in Rheinland-Pfalz auf zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Vereinbarkeit aber auch auf viele gute Maßnahmen stolz sein. Da ist z.B. die Kindernotfallbetreuung an den Standorten Mainz, Bad Kreuznach und Trier, ferner die Treffen der Audit-Lotsinnen und Lotsen, flexible Dienstzeitmodelle und alternierende Telearbeitsplätze, die sogar den Wechselschichtdienst einbeziehen.“

Um diesen Weg nachhaltig auszubauen und mit einem der Polizei bekannten Regelwerk zu unterlegen, möchten wir als Landesfrauengruppe der GdP eine Dienstvereinbarung Vereinbarkeit von Beruf und Familie anregen.

Diese soll ein Baustein sein, Bestehendes zu verfestigen und die Selbstverpflichtung der Landesregierung von Dezember 2012 in unserem Hause umzusetzen.“

8. Datenschutz / Facebook

Sie sind „bei Facebook“? Oder Ihre Kinder? Kennen Sie alle Facebook-Freunde? Kennen Sie alle Möglichkeiten der Datenschutz-Einstellungen? In Zeiten von Internet-Mobbing, Cyber-Stalking und Online-Recherchen kommt der Wahrung der Privatsphäre in der digitalen Welt eine besondere Bedeutung zu. Der richtige Umgang mit Datenschutzeinstellungen auf Facebook lässt sich jetzt spielerisch erlernen. Studierende der Uni Regensburg haben mit ihrem Dozenten Prof. Dr. Günther

Pernul (Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik I) das Online-Spiel „Friend Inspector“ entwickelt. Ziel des kostenfrei nutzba- ren Spiels ist es, vor allem Kinder und Jugendliche für den Schutz ihrer Privatsphäre bei der Nutzung sozialer Netzwerke im Internet zu sensibilisieren. Dabei



Die GdP Rheinland-Pfalz ist bei Facebook erreichbar unter der Adresse: [facebook.com/GdPRP](https://www.facebook.com/GdPRP)

müssen datenschutzbezogene Aufgaben zu konkreten Inhalten der eigenen Facebook-



Profile gelöst werden. Der Clou: Das Spiel arbeitet mit den jeweils realen Facebook-Daten. Friend Inspector läuft aber ausschließlich in Ihrem Browser. Ihre Daten bleiben daher immer bei Ihnen und werden nicht an Dritte gesendet. Nach dem Spiel können Sie die App löschen.

Die App finden Sie unter: www.friend-inspector.org

[Quelle: Uni Regensburg]

9. PDFs mit Inhaltsverzeichnis erstellen

Wenn Sie lange PDF-Dokumente in Word erstellen, erhöhen Sie die Lesbarkeit und den Komfort, indem Sie ein anklickbares Inhaltsverzeichnis anlegen.

Speichern Sie dazu ein Word-Dokument als PDF, indem Sie "Datei, Speichern unter..." wählen. Als Dateityp wählen Sie "PDF (*.pdf)". Klicken Sie vor dem Speichern auf "Optionen...".

Markieren Sie die Einstellung "Textmarken erstellen mithilfe von". Wenn Sie "Überschriften" aktivieren, dann legt Word im PDF ein anklickbares Inhaltsverzeichnis aus den im Dokument vorhandenen Überschriften an.

[von Konstantin Pfliegl - 05.07.2013]

10. Suchen ohne Schnüffeln

Wem die Datenschnüffelei der Suchmaschinen auf den Zeiger geht:

<https://ixquick.de/deu/>

Dies ist eine in der EU ansässige Firma, die mit dem Europäischen Datenschutz-Gütesiegel ausgezeichnet wurde, so der Bericht der Frankfurter Rundschau.

11. Wir sind an Deiner Seite

Komm jetzt in unsere Gemeinschaft

500.000 Mitglieder in Europa: <http://www.eurocop-police.org/>

170.000 Mitglieder in Deutschland: <http://www.gdp.de/>

7.600 Mitglieder in Rheinland-Pfalz: <http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz>

Unsere Community: <http://www.friends.gdp-bka.de/>

Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

**Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden
beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!**

06131/96009-23 oder -31 <http://www.psw-rp.de/>

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG www.pvag.de/

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte www.schwitzkasten.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autoservice-gessner.de

Polizeiausrüstung unter <http://gdp.polas24.de>

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de